

04. September – Symposium „Früher – verbindlicher – besser? Bürgerbeteiligung bei großen Planungsvorhaben“

10.00 bis 10.10

**Dr. Jörg Dräger, Mitglied des Vorstands, Bertelsmann Stiftung
– Begrüßung und Einführung**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute zum Arbeits-Symposium „Früher – verbindlicher – besser? Bürgerbeteiligung bei großen Planungsvorhaben“ begrüßen zu dürfen.

Von Stuttgart über Frankfurt bis hier her nach Berlin – überall kämpfen Bürgerinnen und Bürger **gegen** neue Schienen, **gegen** Windräder, **gegen** Straßen. Aber sie kämpfen eben nicht nur gegen etwas, sondern auch **für** eine Änderung der aktuellen Planungsverfahren, **für** mehr und frühzeitigere Mitsprache und **dafür**, von der Politik und den Behörden in ihren Anliegen ernst genommen zu werden.

Denn die Bestandsaufnahme ist eindeutig: die klassischen Wege, über die Bürger ihre Meinung und Interessen bislang in das politische System eingespeist haben – durch Wahlen oder über die Mitarbeit in Parteien – werden immer weniger genutzt.

Das politische Interesse vieler Bürger ist aber durchaus hoch. Sie wollen sich stärker in Entscheidungen einbringen, indem sie auf die Straße gehen oder sich an Bürger-/Volksentscheiden beteiligen. Sie suchen gezielt Beteiligungsformate, über die sie direkt, themenorientiert und bei konkreten Anliegen mitentscheiden können.

Für unsere Gesellschaft besteht somit eine Kernaufgabe darin, über diese Protestformate und Bürgerentscheide hinaus neue, zeitgemäße Wege der Beteiligung zu finden und zu etablieren. So könnten wir die vorhandene hohe Engagementbereitschaft konstruktiv nutzen – und aus der aktuellen Herausforderung der Wutbürger eine Chance für eine Demokratie der Mutbürger zu entwickeln. Die unmittelbarere Beteiligung der Bürger muss dabei nicht mit einer Neuverteilung von Entscheidungsgewalt oder gar einer Abwendung von der repräsentativen Demokratie

einhergehen. Vielmehr sollten die bestehenden Verfahren um deliberative und partizipative Elemente ergänzt werden. Für mich ist klar: Wenn das heutige demokratische System diese Wege nicht selber entwickelt und anbietet, werden entsprechende Formate parallel zum System entstehen – und mit dieser Parallelität ist keinem genutzt.

Denn Beteiligung ist ja nicht von sich aus gut. Entscheidend ist, wie sie geplant und umgesetzt wird. Es geht nicht primär um ‚mehr Bürgerbeteiligung‘, sondern um ‚wirksame Bürgerbeteiligung‘!

Hier sehen wir uns mit einer Reihe von durchaus schwierigen Fragestellungen konfrontiert:

1. Können sich Bürger an **hochkomplexen Themen** wie der Infrastrukturplanung sinnvoll beteiligen oder ist das ohne Expertenwissen nicht zielführend möglich?
2. Zentral ist ebenso die Frage nach **Inklusion und Repräsentativität**: Schaffen wir es, über neue Beteiligungsverfahren Bevölkerungsgruppen wieder in politische Debatten und Prozesse zu integrieren, die sich jetzt davon fernhalten? Oder verschärft die selektive Beteiligung von unmittelbar Betroffenen bzw. die Fokussierung auf eine Beteiligungselite vielleicht sogar das Legitimitätsproblem der Politik?
3. Wie schaffen wir es, dass Beteiligungsprozesse Entscheidungen nicht verhindern oder verzögern, sondern **konstruktive** Alternativvorschläge hervorbringen?
4. Zudem führen punktuelle und kleinteilige Verfahren oft zu einem ausschließlich temporären Engagement der Bürger. Wie kann sich daraus dann ein **beständiges politisches Engagement** entwickeln?

In Kurzform: Wirksame Beteiligung muss inklusiv sein, erfordert also auch Aktivierungsmaßnahmen, muss gemeinwohlorientiert sein, also auch gesamtgesellschaftli-

che Interessen berücksichtigen, und muss lösungsorientiert sein, d.h. konstruktiv und nicht verlangsamernd oder verhindernd. Das ist schon anspruchsvoll genug!

Gleichzeitig müssen wir uns darüber klar sein, dass sogar die besten Beteiligungsformate nur selten zu einem allumfassenden gesamtgesellschaftlichen Konsens führen. Auch optimale Beteiligung führt in der Regel nur zu einem Kompromiss; er wird nur besser verstanden und getragen. Es ist wichtig, diese Einschränkung zu akzeptieren, um Enttäuschungen auf allen Seiten vorzubeugen.

Das gilt gerade auch für Beteiligung bei großen Infrastrukturprojekten – denn hier geht es sehr häufig um individuelle Betroffenheit und damit verbundene Emotionen. Generell stehen wir bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten vor dem Dilemma, dass besonders zu Beginn der Planung die größten Entscheidungsspielräume zur Ausgestaltung des Vorhabens bestehen – das Interesse der Bürger sich an der Planung zu beteiligen, jedoch meistens erst zunimmt, wenn die Planung konkretisiert wurde und die Entscheidungsspielräume sehr reduziert sind, also die sprichwörtlichen Bagger schon rollen. Stuttgart 21 war hier nur ein Beispiel.

Es müssen deswegen neue Wege gefunden werden, die Bürger schon frühzeitig für die Planung von Infrastrukturprojekten zu sensibilisieren und sie in die Ob-Frage sowie in die Abwägung von Alternativen einzubinden. Dass dies gewünscht ist, bestätigt eine Umfrage, die wir kürzlich durchgeführt haben: 84 Prozent der Befragten fordern mehr direkte Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung von Infrastrukturprojekten.

Die Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2015 wäre jetzt die Chance, einen neuen Weg zu beschreiten und die Bürger frühzeitig an der Bedarfsplanung zu beteiligen. Könnten wir nicht Landtage und Bürger stärker involvieren, wenn die Bundesländer Verkehrsprojekte für den Bundesverkehrswegeplan anmelden? Die Landtage könnten die Bürger schon bei der Bedarfsplanung, z.B. über Online-Dialoge und Präsenzveranstaltungen, einbinden und die Ergebnisse in die parlamentarische Beratung einfließen. Gleichzeitig könnte die parlamentarische Debatte als Live-Stream im Internet und im Regionalfernsehen veröffentlicht werden.

Und das Interesse ist groß – im Gegensatz zu der oft geäußerten Vermutung, dass Bürger sich nur für Vorhaben in ihrer direkten Umgebung interessieren: 73 Prozent der Bürger möchten sich einbringen, wenn es um Entscheidungen für Infrastrukturprojekte geht, die ihr Bundesland betreffen – wohlwissend, dass sie das auch Zeit kosten wird.

Ob Beteiligungsverfahren an der Bedarfsplanung der Verkehrsinfrastruktur sogar auf Bundesebene Sinn machen könnten, ist eine der zentralen Fragen, die wir gerne heute mit Ihnen diskutieren möchten. Welche Formate wären dafür geeignet, um Bürger zu aktivieren und zu mobilisieren? Dass eine solche bundesweite Beteiligung machbar ist, sehen wir an der online Konsultation des Szenariorahmens zum Netzentwicklungsplan.

Neben neuen Beteiligungsmöglichkeiten bei der Planung von Infrastrukturprojekten kann man durchaus auch die Rolle der Parlamente überdenken: Denn momentan dominiert die Verwaltung den Prozess, die gewählten Vertreter in den Parlamenten spielen nur punktuell eine Rolle. Entsprechend fordern immerhin 73 Prozent der Befragten unserer Umfrage, dass Parlamente in Zukunft mehr Mitsprachemöglichkeiten bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten haben sollten.

Zudem liegen zwischen Beschluss und Umsetzung von bestimmten Projekten und Maßnahmen oftmals viele Jahre – eine erneute Legitimation durch die Parlamente oder gar die Bürger findet nicht statt. Somit mag die Umsetzung dann zwar legal sein, aber sie wird deshalb noch lange nicht als legitim empfunden.

Zusammenfassend möchten wir als Bertelsmann Stiftung dabei helfen, eine neue Beteiligungskultur im Dreieck Rechtsstaat – Parlament – Bürger aufzubauen. In dieser Kultur sollten wir Bürgerbeteiligung als integralen Bestandteil politisch-administrativer Prozesse anerkennen. Das beinhaltet, dass die Bürger frühzeitig eingebunden werden, von der Politik und Verwaltung ernst genommen und nicht zur Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen instrumentalisiert werden.

Es gilt, die Einsatzbereitschaft und das Wissen der Bürger konstruktiv für bessere politische Entscheidungen zu nutzen. Dann gibt es in Zukunft hoffentlich weniger Kämpfe gegen neue Schienen, gegen Windräder, gegen Straßen, sondern gemeinsame konstruktive Diskussionen darüber, wohin sich Deutschland in den nächsten Jahren entwickeln soll und welchen Beitrag jeder einzelne von uns dafür leisten kann – in einer neuen Beteiligungskultur.

Ich wünsche Ihnen und uns allen anregende Diskussionen sowie zahlreiche neue Impulse im Laufe dieses Symposiums!